

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Berbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inzerate nehmen an: in Berlin: A. Neumeyer, Kurstraße 50, in Leipzig: Heinrich Häbner, in Altona: Haafenstein u. Böglar, in Hamburg: S. Türckheim und S. Schöneberg.

# Danziger Zeitung.



## Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelommen 11 1/2 Uhr Vormittags.

**Berlin, 27. August.** In der gestrigen Abend-Sitzung der Marine-Commission des Abgeordneten-Hauses wurden die zwei ersten Positionen der Regierungsvorlage, welche 220,000 Thlr. zur Fortsetzung der Schiffbauten und 200,000 Thlr. zur Beschaffung von Uebungsschiffen verlangen, mit allen gegen 3 Stimmen abgelehnt. Der Herr Regierungs-Commissar erklärte, die Regierung sei für den Kauf dreier englischer Schiffe bereits so engagirt, daß die Uebnahme stattfinden müsse.

Angelommen 9 1/2 Uhr Vormittags.

**Luzin, 26. August, Abends.** Die „Gazetta ufficiale“ enthält ein königliches Decret, durch welches Neapel und die neapolitanischen Provinzen in Belagerungszustand erklärt werden. Samamora ist mit unbeschränkter Vollmacht versehen und zum außerordentlichen Commissar ernannt worden. Neapel ist ruhig. Garibaldi hat sich in Melito mit 1000 Freiwilligen ausgeschifft.

## (W.C.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

**Dresden, 26. August.** Nach einem Wiener Telegramm des „Dresdner Journals“ sind Bluntzli, Schwarze und Berger zu Abtheilungspräsidenten des Juristentages gewählt worden. Durch die in den Abtheilungen gefaßten Resolutionen werden die Anträge betreffs Staatsanwaltschaft im Civilprozeß und gemeinamer Egeliterrechte verneint. Die Beibehaltung der abgeklärten Voruntersuchung wird hingegen befürwortet.

**London, 26. August.** Die heutige „Morningpost“ zweifelt, ob die italienischen Generale auf ihre Soldaten, wenn sie gegen Garibaldi geschickt werden, sich verlassen können. In diesem Falle würde es nicht allein mit dem Ministerium Rattazzi zu Ende sein, sondern es würde auch kein anderes Cabinet möglich sein, das auf die Absicht basirt, die gegenwärtige Allianz Frankreichs und Italiens in Takt zu erhalten.

**Paris, 26. August.** Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Neapel sind die Truppen daselbst congnirt.

Nach der „France“ haben in mehreren calabrischen Städten garibaldische Pronunciamentos stattgefunden. Im Golf von Gioja hätten sich viele Garibaldianer ausgeschifft.

## Die Resolutionen zum Militär-Stat.

Die Budget-Commission des Abgeordneten-Hauses hat am 22. d. M. die schwierige und nur durch die große Sachkenntnis und den unermüdblichen Fleiß des Referenten v. Baerst wesentlich erleichterte Arbeit der Zurückführung des von dem Kriegsminister vorgelegten Militär-Stats auf den mit den Gesetzen des Landes in Einklang stehenden Betrag vollendet. Sie hat alle Ausgaben gestrichen, welche nur dann erforderlich wären, wenn jene sogenannte „Reorganisation“ beibehalten werden sollte, die man mit demjenigen Gelde einzuführen begonnen hat, das zu einem andern Zwecke, nämlich zur „einstweiligen Aufrechterhaltung einer erhöhten Kriegsbereitschaft“ bis zum Ende des Jahres 1861 bewilligt war.

Das Land und die zwei Mal von ihm gewählten Vertreter wollen die „Reorganisation“ des Herrn v. Noon entschieden nicht. Sie wollen sie nicht aus zwei Gründen, einmal, weil sie im Widerspruch mit den Beschlüssen des Abgeordneten-Hauses und mit den Gesetzen und der Verfassung des Landes octroyirt ist, und zweitens, weil sie dem Lande eine unerträgliche Last aufbürden würde. Diese Last wäre aber unerträglich nicht bloß durch die Kosten und Leistungen, die sie dem Volke abnötigen würde, sondern mehr noch dadurch, daß diese Last für eine Einrichtung getragen werden müßte, die das Land weniger wehrhaft macht, als es zur Abwehr eines mächtigen Feindes und zur Durchführung der Zwecke unseres Staates schlechterdings notwendig ist.

Die Commission hat sich durch die Verweigerung aller Ausgaben über das Ordinarium von 1859 den Dank des Landes erworben, und es unterliegt keinem Zweifel, daß die weit überwiegende Majorität des Abgeordneten-Hauses ihren Beschlüssen beitreten wird.

Freilich versteht es sich von selbst, daß das Geld, welches ganz unbefugter Weise sogar in diesem Jahre noch für Einrichtungen ausgegeben ist, zu denen die Volksvertretung niemals ihre Einwilligung gegeben hatte, von niemand wieder ersetzt werden kann. Aber darum versteht es sich nicht von selbst, daß die Abgeordneten dieses Geld noch nachträglich noch bewilligen müssen. Nur, wenn die gegenwärtigen Mitglieder die Erwartungen des Landes Genüge zu thun, wenn ihre besser befähigten Nachfolger sich bereit erweisen, die gewöhnliche Ordnung im Militärwesen und im Staate überhaupt wieder herzustellen und fernerhin allen nicht verfassungsmäßig bewilligten Ausgaben und fernerhin allen nicht verfassungsmäßig bewilligten Ausgaben in der Lage befinden, für die bisherigen verfassungswidrigen Ausgaben Indemnität zu erteilen, d. h. zu erklären, daß sie niemanden für dieselben zur Rechenschaft ziehen wollen.

Ferner versteht es sich von selbst, daß das Abgeordneten-Haus nach den von seinen Mitgliedern vor und nach den Wahlen abgegebenen Erklärungen nicht den Wunsch hat, es bei der ganzen Heereinrichtung von 1859 bewenden zu lassen. Vielmehr will die große Majorität des Hauses nach Kräften dazu beitragen, daß, um vieler anderer Verbesserungen

zu geschweigen, die gesetzlich noch bestehende dreijährige Dienstzeit in eine zweijährige verwandelt werde und daß die Landwehr wieder die alte selbstständige Stellung einnehme, bei der es nicht nöthig war, daß bei jeder Mobilmachung auch sie unter die Waffen gerufen wurde. Aber aus eigenem Rechte kann die Volksvertretung nur die Wiederherstellung des alten gesetzlichen Zustandes von 1859 fordern. Zu einer Verbesserung dieses Zustandes bedarf es der Zustimmung des Herrenhauses und der Krone. Da nun das Ministerium mit diesen Wünschen des Abgeordneten-Hauses sehr wohl bekannt ist, so ist es ganz offenbar seine Sache, die betreffenden Vorschläge zu machen, so fern es, was jedoch offenbar nicht der Fall ist, wirklich den Wunsch hegt, auf verfassungsmäßige Verbesserungen in unserem Heerwesen einzugehen.

Aus diesen Gründen hat die große Majorität der Budget-Commission es für angemessen erachtet, alle Resolutionen zurückzuweisen, die von einzelnen Mitgliedern beantragt waren, und in denen erklärt werden sollte, daß das Haus bereit wäre, für das bisher verfassungswidrig ausgegebene Geld Indemnität zu erteilen, sobald die Regierung (d. h. die gegenwärtigen Minister oder ihre etwaigen Nachfolger) den betreffenden Antrag stellen und plötzlich sich bereit erklären wollte, den gesetzmäßigen Zustand von 1859 wieder herzustellen oder nur solche Verbesserungen einzuführen, welche die verfassungsmäßige Zustimmung der Volksvertretung erlangt hätten.

Jeder von uns weiß, daß die Verwerfung dieser Resolutionen keineswegs die Verwerfung ihres Inhaltes in sich schließt. Die Majorität der Commission hat sie vielmehr nur für überflüssig gehalten, weil die Regierung und weil das Land wisse, daß die Abgeordneten in der That zu alledem bereit sind, was jene Resolutionen besagen. Ueberdies seien Vorschläge solcher Art entschieden die Sache der Regierung, nicht aber des Abgeordneten-Hauses.

Dies ist auch die von unserem geehrten Berliner Correspondenten (Danz. Stg. Nr. 1460) vertretene Ansicht. Dennoch giebt es gewisse nicht zu übersehende Zweckmäßigkeitsgründe, aus denen gewiß Viele von uns derselben Meinung sind, wie die Minorität der eifrig Mitglieder der Commission, die für die Fortbedingung der Resolution gestimmt haben. In einem Staate freilich, in welchem das constitutionelle Wesen in jeder Beziehung eine lebendige und durchgreifende Wirksamkeit erlangt hat, wäre die Verwerfung einer bestimmten Ausgabe von Seiten der Volksvertretung vollkommen ausreichend, um die Regierung, wenn sie nicht durch Auflösung des Hauses an die Wähler appelliren will, zum sofortigen Eingehen auf die Absichten der Vertreter zu veranlassen, ohne daß dieselben nöthig hätten, ihre in der Debatte hinlänglich kundgegebenen Absichten noch durch einen directen Beschluß festzustellen. Wir aber sind leider noch nicht so weit, und wenn auch die Wählerkraft unseres Landes tief genug und jedenfalls viel tiefer von constitutionellem Geiste durchdrungen ist, als es der Rückschrittpartei lieb ist, so haben doch die constitutionellen Formen sich nicht so eingelebt bei uns, daß wir auf ein überall gleichmäßiges Verständniß rechnen können, wenn der Wille des Abgeordneten-Hauses nicht durch einen positiven Beschluß sich kund gegeben hat.

Aus diesem Grunde ist es ein durchaus nicht unberechtigter Wunsch, daß das Plenum des Abgeordneten-Hauses der Minorität der Commission zustimme und jeder absichtlichen Mißdeutung der Gegner, wie jedem unfehlbaren Mißverständniß auch einzelner Freunde dadurch vorbeuge, daß es in einer klaren Resolution ausspreche, welche Vorschläge die Regierung zu machen habe, wenn sie wieder in Eintracht mit dem Volke und seinen Vertretern leben will. Diese Eintracht ist jetzt nicht vorhanden und wird nicht eher wieder eintreten, als bis das System des gegenwärtigen Ministeriums vollständig verlassen ist.

## Landtags-Verhandlungen.

41. Sitzung des Abgeordneten-Hauses am 26. August. Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist der vierte Bericht der Commission für Petitionen.

Mitglieder der freien Religionsgesellschaft in Magdeburg und mehrerer Baptisten-Gemeinden petitioniren um Ertheilung von Corporationsrechten für ihre resp. Gemeinden. Die Commission hat beantragt, sämtliche Petitionen der Staatsregierung mit dem Antrage zu überweisen, in der nächsten Session des Hauses demselben Gesetzesvorlagen zu unterbreiten, durch welche den genannten Gemeinden Corporationsrechte verliehen werden. Abg. Reichensperger (Beckum): Die sogenannte Religion der freien Gemeinden sei keine Religion. Dieselbe entspreche nicht einmal der Begriffsdefinition des Brockhaus'schen Conversationslexikons, sei vielmehr „Pantheismus“; das Wesen der Religion sei, wie schon die Etymologie es ausspreche, das Band, „freie religiöse Gemeinde“ sei danach ein Begriff etwa wie „trodenes Wasser“. Da die freien Gemeinden somit als Religionsgesellschaften nicht zu betrachten, könne man ihnen auch keine Corporationsrechte gewähren. Mehr Garantien scheinen ihm die Baptisten-Gemeinden zu bieten.

Abg. Krause (Magdeburg) für den Commissionsantrag: Im richtigen Sinne der evangelischen Kirche stimme er dafür, daß man den freien Gemeinden alle mögliche Freiheit der Entwicklung gewähre — und dazu gehörten auch die Corporationsrechte — damit auch einmal eine andere religiöse Auffassung sich entwickeln könne. Er verstehe Artikel 12 der Verfassung übrigens nicht so, als ob nun jeder Unterschied der staatsrechtlichen Stellung der einzelnen Confectionen und Secten aufhören solle. Die Corporationsrechte gehörten aber zu den allgemeinen staatsbürgerlichen Rechten, die er den freien Gemeinden nicht vorenthalten möchte. Ein Religionsbegriff

dürfe von Staatswegen gar nicht aufgestellt werden. Der Staatsmann dürfe nicht wissen, was Religion, sondern nur, was Gesellschaft sei, und jede Gesellschaft, die sich eine Religionsgesellschaft nenne, sei dafür anzunehmen bis zum rechtmäßigen Beweise des Gegentheils. Die Religionsgesellschaften hätten nach dem Landrecht ein Recht auf Corporationsrechte, weil sie sich zu einem dauernden gemeinnützigen Zweck vereinigt hätten. Der Einwand, es sei noch die Frage, ob sie von Dauer sein würden, sei unhaltbar: werde denn bei Gründung einer Actiengesellschaft etwa geprüft, ob sie von Dauer sein werde? Man wende für die Beschränkung der freien Gemeinden das Interesse für das heranwachsende Geschlecht und für die Kirche ein. Was die Kinder anbelangt, so sei zu berücksichtigen, daß dieselben von Gott nicht dem Staate, sondern den Eltern anvertraut seien, und diese das Recht hätten, sie nach ihrem Ermessen zu erziehen. Die Kirche aber, wenigstens die evangelische — in Betreff der katholischen möchten die Herren im Centrum sich äußern — bedürfe eines solchen Schutzes nicht. Jeder Entwicklung auf diesem Gebiete sei freier Spielraum zu gewähren. Das Abgeordnetenhaus möge wieder gut machen, was in dieser Beziehung bisher gesündigt worden. (Bravo.)

Abg. v. Vinde (Stargard): Der Art. 12 der Verfassung könne nicht so ausgelegt werden, wie ihn der Vorredner auslege; es seien nicht allgemeine politische Rechte, welche der Artikel garantire, sondern es seien besondere Rechte. Bei der Ertheilung der Corporationsrechte an Actiengesellschaften sei es eine Hauptfrage, ob sie die Kriterien der Dauer in sich tragen. Schon das Allgemeine Landrecht erkenne die allgemeine Glaubensfreiheit vollkommen an; diese Frage sei aber ganz verschieden von der Frage über die Rechte der religiösen Gemeinden. Selbst die gebildete Religionsgesellschaft habe noch keinen Anspruch auf Corporationsrechte. Wenn der Vorredner ausgeführt habe, daß jede Gesellschaft, die sich Religionsgesellschaft nenne, auch eine solche sei, und zu ihrer freien Entwicklung Corporationsrechte haben müsse, so sei das eine Auffassung, die mit den bestehenden Gesetzen im Widerspruch stehe. Er wolle auf eine Gesellschaft aufmerksam machen, die sich auch Religionsgesellschaft nenne, das seien die Thugs in Indien, die Word aus Prinzip predigten. Diesen würde man, nach der Auffassung des Redners, in Indien auch Corporationsrechte ertheilen müssen. (Heiterkeit). Der Standpunkt des Allgem. Landrechts, welches als Religionsgesellschaften nur diejenigen anerkenne, die Ehrfurcht gegen Gott, Treue dem Könige, Gehorsam den Geleuten lehren, sei derjenige, der überhaupt Ordnung im Staate allein aufrecht erhalte. (Oh! Oh!). Er (Redner) könne nicht zugeben, daß die freie Gemeinde in Magdeburg den Vorbedingungen entspreche. Er kenne die Grundzüge der Gesellschaft nicht und habe auch durch die Commission keine Kenntniß darüber erhalten. In Betreff der Baptisten-Gemeinden stehe es mit den sittlichen Grundzügen vielleicht etwas besser als mit der freien Gemeinde, wenn auch deren Garantien für die Dauer nicht so bedeutend seien. Aber auch hier sei er bedenklich, denn er wisse vom Hörensagen, daß einer der Grundzüge der Baptisten der sei, daß wenn man einmal in der Gnade sei, man nicht mehr sündigen könne; das sei denn doch ein sehr staatsgefährlicher Grundzug. (Heiterkeit). So lange die materielle Lebensfähigkeit der Gemeinden nicht nachgewiesen sei, so lange über den Glauben derselben keine Garantien gegeben seien, so lange könne er dem Commissions-Antrage nicht beistimmen und er stelle deshalb den Antrag, zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Richter für den Commissionsantrag: er stehe wie der Vorredner im Wesentlichen auf dem Standpunkt des allgemeinen Landrechts. Er möchte doch aber denselben fragen, was ihn berechtige, die freien religiösen Gemeinden mit Strauchdieben in Indien zu vergleichen? was ihn berechtige, das Dogma von der „Gnade“ oder andere religiöse Dogmen hier in einer Weise zu erwähnen, welche das Gelächter des Hauses erregen? (Bravo) und ihn auffordern, religiöse Angelegenheiten mit Religion zu behandeln. Der Vorwurf, den der Redner den Baptisten wegen des Sages von der „Gnade“ gemacht, sei ein alter: Paulus sei dasselbe von den Juden vorgeworfen worden (Beifall) und Luther habe das Gleiche von vielen Seiten zu hören gehabt. — Es handle sich hier gar nicht um religiöse, sondern um reine Rechtsfragen, darum, ob die petitionirenden Gemeinden ihre Grundstücke sollen auf eigenem Namen in das Hypothekenbuch eintragen lassen dürfen. — Seit vielen Jahren petitionirten die freien Gemeinden vergebens, stets würden sie mit leeren Vorwänden abgefertigt. Das von dem Ministerium ihnen immer entgegengehaltene „non possumus“ müsse eigentlich heißen „wir wollen nicht“. Dies Verfahren hänge zusammen mit der Bevormundung der evangelischen Kirche, der man gleichfalls ihre verfassungsmäßige Selbstständigkeit nicht gewähre. — Der Redner weist sodann energisch die den Baptisten von dem Vorredner gemachten Vorwürfe zurück. Viele Ressourcen hätten Corporationsrechte, diesen Gemeinden, die seit lang u Jahren beständen und gewiß sittlichere Zwecke verfolgten, seien dieselben verweigert worden, das mache keinen guten Eindruck. Der vorige Cultusminister habe selbst zugeben müssen, daß niemals politische Zwecke von den freien Gemeinden verfolgt worden seien. Wenn die Magdeburger freie Gemeinde von 600 auf 1000 Mitglieder herabgegangen sei, so sei doch zu berücksichtigen, daß dieselbe aufgelöst und auf jede Art verfolgt worden. (Bravo). Man ereifere sich über die Verfolgungen der Protestanten in Oesterreich, in wie fern sei denn das Verfahren gegen die freien Gemeinden in Preußen ein besseres? (Sehr wahr!) Der Zweck derselben gehe dahin, diese Gemeinden zu verdrängen. Das entspreche aber nicht dem Geist unserer Verfassung. (Bravo.)



Cultus-Minister v. Mähler: Die Staatsregierung habe in dieser Frage den Standpunkt der vorigen Regierung eingenommen. Die polizeilichen Beschränkungen seien aufgehoben. Hier handle es sich aber nicht um Religionsfreiheit. Die Staatsregierung müsse die Ertheilung der Corporationsrechte mit Vorsicht auffassen. Die Bedingung, welche das Allgemeine Landrecht stelle, nämlich der gemeinnützige Zweck, könne noch nicht so unbedingt von der Regierung anerkannt werden. Die jetzige freie Gemeinde in Magdeburg könne nicht mit der früheren identificirt werden. Die frühere sei in Folge rechtskräftiger Erkenntnisse dreier Instanzen aufgelöst worden (v. Vinde: Hört! Hört!) und zwar, weil sie politische Tendenzen verfolgt habe. Die gegenwärtige Gemeinde existire erst seit dem Jahre 1859 und dieser kurze Bestand gebe noch keine genügende Garantie. Die Baptisten-Gemeinden beständen allerdings bereits seit langer Zeit, die Neubildung derselben datire jedoch erst vom Jahre 1839. Seit dieser Zeit seien sie schrittweise vorgegangen und die Zahl der Gemeinden betrage jetzt einige 60, die Zahl ihrer Mitglieder werde auf 7000 geschätzt; sie seien gegenwärtig noch in einer Entwicklung begriffen, deren Ausgang sich noch nicht übersehen lasse. Die Regierung glaube, es sei auch in Betreff der Baptisten-Gemeinden noch nicht der rechte Zeitpunkt zu einer Vorlage gekommen. Sie müsse noch Erfahrungen sammeln. Das Haus möge deshalb die Regierung nicht drängen.

Abg. Dr. John (Sabiau) gegen den Commissions-Antrag: Er meine, daß es besonderer Gesetze für jede einzelne Gesellschaft nicht bedürfe, eine richtige Erklärung des Art. 13 der Verfassung in Verbindung mit dem Art. 31, welcher die bisherige Privilegierung in einen gesetzlichen Anspruch auf Ertheilung von Corporationsrechten verwandle, führe zur Nothwendigkeit des Erlasses eines generellen Gesetzes, welches die Kriterien zur Erlangung der Corporationsrechte für alle Gesellschaften enthalten müsse. Er beantrage deshalb: „sämmliche Petitionen der kgl. Staatsregierung mit dem Antrage zu überweisen, daß sie in der nächsten Session des Hauses demselben eine Gesetzesvorlage unterbreite, durch welche die Bedingungen festgestellt werden, bei deren Erfüllung die Ertheilung von Corporationsrechten an religiöse Gesellschaften erfolgen soll.“ — Abg. Dr. Tschow: Der Abgeordnete für Biedum habe mit Unrecht den freien Gemeinden zur Last gelegt, was einzelne Mitglieder gesagt haben. Die (von Herrn v. Vinde) gewünschte Prüfung des Glaubensbekenntnisses würde zu einer Aenderung des Art. 12 der Verfassung führen müssen, daß es heißt: „die Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte ist abhängig von der Ansicht des jedesmaligen Cultusministers.“

Abg. v. Vinde (Stargardt) gegen das Amendement John und dann in persönlichen Bemerkungen gegen die Vorredner.

Abg. Schulze (Berlin): Dem Staate könne nur gestattet werden zu prüfen, ob die sittlichen Grundzüge einer Religionsgesellschaft nicht den Gesetzen und dem Wesen des Staates widersprechen. Damit harmonire auch das Allgemeine Landrecht und die Verfassung, namentlich Artikel 13 derselben. Die Lebensfähigkeit einer religiösen Gesellschaft dadurch zu prüfen, daß man sie todt mache, und die daraus wieder erstandene für eine neue andere Gesellschaft zu erklären, sei doch ein eigenthümliches Verfahren. Gerade das rasche Wiedererstehen der Magdeburger Gemeinde beweise ihre Lebensfähigkeit. Die Gemeinden hätten den Beweis ihrer Kraft und Lebensfähigkeit geführt. Nicht um Privilegien handle es sich, nicht um eine Gunst, sondern um ein Recht, um die Verleihung der Rechtsfähigkeit, Vermögen zu besitzen. Daß dies nicht mehr von bloßem Belieben der Regierung abhängig gemacht werden dürfe, bedinge Art. 31 der Verfassung. Deshalb empfehle sich das Amendement des Abgeordneten Dr. John (Bravo).

Der Schluß der Debatte wird angenommen, die motivirte Tagesordnung wird verworfen (dafür nur ein Theil der katholischen Mitglieder und die Fraction von Vinde), ebenso der John'sche Verbesserungsantrag; dagegen der Commissionsantrag mit bedeutender Majorität angenommen.

Es folgt die Beschwerde der Mitglieder der freien Religionsgesellschaft in Magdeburg über die polizeiliche Ueberwachung ihrer Versammlungen. Die Commission hat mit Rücksicht auf die vorangegangene Petition, deren Erfolg, die Erlangung von Corporationsrechten, nach § 2 des Gesetzes vom 11. März 1850 die polizeiliche Ueberwachung in Wegfall bringen würde, den einfachen Uebergang zur Tagesordnung beantragt. Der Commissions-Antrag wird angenommen.

Die wiederholte Petition derselben freien Gemeinde um Aufhebung des bekannten Corpshaupts des Generals v. Schack vom 15. März 1859, welcher den Soldaten den Besuch der Versammlungen der Gemeinde verbietet, beantragt die Commission der Regierung wiederholt zur Abhilfe zu überweisen. — Abg. Rhoden: Er halte den Corpshaupt-Befehl für vollkommen gerechtfertigt. Redner theilt hierauf eine Anzahl von Sätzen aus Schriften des Predigers Schack mit, der sich ausdrücklich für einen Atheisten erkläre, aus Reden Uhlisch u. A., weraus er folgert, daß die Gemeinde keine Religionsgesellschaft sei. Er spreche dem General Schack deshalb seinen vollen Dank für den Corpshaupt-Befehl aus (Unruhe auf der Linken) und beantrage: Uebergang zur Tagesordnung. — Abg. Dr. Gneist: Einzelne herausgerissene Stellen aus Gelegenheitsreden seien nicht maßgebend. Wenn sie aber auch wirklich den ihnen untergelegten Sinn hätten, so würde ihr Einfluß doch nicht gemildert dadurch, daß man einzelne Personen von religiösen Versammlungen zurückhalte, wozu einem 20jährigen Sohne gegenüber nicht einmal der Vater ein Recht habe. Der Corpshaupt-Befehl beziehe sich auf alle Confectionen, und sei zweifellos mit Artikel 12 der Verfassung nicht im Einklang. Die Disciplinargewalt erstrecke sich nicht auf Beschränkung dieses Artikels und könne ihn nicht verkümmern. Der Sitz des Atheismus sei nicht in den Secten, welche ihren religiösen Ansichten unter Opfern und trotz aller äußeren Ungunst anhängen, sondern in jenen Hunderttausenden, die sich des Dedmantels, zur Kirche zu gehören, bedienen zu ihrem besseren Fortkommen (Bravo). Die Prüfung des religiösen Bekenntnisses könne nicht der Cultusminister, nicht der Ober-Kirchenrath oder ein katholischer Bischof übernehmen, noch viel weniger aber ein kommandirender General (Bravo).

Es frage sich, ob Art. 12 der Verfassung verletzt sei. Er halte das für zweifellos. Wenn diese Frage aber zweifelhaft, so sei weder der Kriegsminister noch ein anderer Departementschef competent zur Entscheidung. Art. 4 und 12 hätten bis jetzt so viel Auslegungen erfahren, als wir Minister gehabt, in jedem Departement sei eine andere Auslegung beliebt. Existire überhaupt ein öffentliches Recht in einem Lande, wo jede Verfassungsfrage auf die Spitze gestellt sei zwischen der Uebereinstimmung oder Nichtübereinstimmung dieses Hauses

und der Minister? Nur durch Gerichte oder ähnlich collegialisch gebildete Behörden könnte dieser Zustand ein Ende nehmen, nur dadurch könnten die Conflict, die Uebergriffe aus einem Departement in das andere beseitigt werden. — So lange nun aber diese Entscheidung den Departementschefs nicht entzogen, so lange andererseits ein Institut, das hier seine bedeutendste Wirksamkeit zu entfalten hätte, der Staatsrath, ohnmächtig sei, so lange bleibe es Sache des Hauses, regulirend einzutreten und deshalb sei ihm nicht der Vorwurf zu machen, daß es nach parlamentarischem Regime strebe; das Recht liege in seinem Amt als Wächter und Schützer der Gesetze. Es komme weniger auf den vorliegenden einzelnen Fall an, als auf das Prinzip, daß dergleichen Uebergriffen, solcher Vermischung von Verwaltung und Gesetzgebung allmählig ein Ziel gesetzt werde. Er bitte dringend um Annahme des Commissions-Antrages. (Lebhaftes Bravo.)

Reg.-Commissar Oberst v. Boje: Zu der Petition stehe die Staatsregierung noch immer auf demselben Standpunkte, den sie früher eingenommen (Unruhe) und sei von dem Gehörten nicht eines Besseren belehrt worden (Heiterkeit). Es müsse den Petenten besritten werden, daß sie competent zu der Beschwerde seien; es sei nicht nachgewiesen, daß irgend ein Soldat in seinem Gewissen verlegt sei; wäre dies der Fall, so hätte der Soldat sich bei seinem Vorgesetzten zu beschweren (oh! oh!). Erwäge man ferner, daß die Gesellschaft eine Privatgesellschaft sei, die unter polizeilicher Aufsicht stehe (Heiterkeit), so war der commandirende General im Rechte, wenn er den Soldaten den Besuch dieser Privatgesellschaft, in der nach Anführung des ersten Redners (Rhoden) Dinge vorgekommen, die sich mit der Disciplin nicht vertrügen, verbot. — Vice-Präsident v. Bodum-Dolfs: Der Herr Reg.-Commissar habe sich wohl nur versprochen, wenn er von „polizeilicher Aufsicht“ gesprochen habe? — Regierungs-Commissar: Er habe sagen wollen, daß die Gesellschaft nicht anerkannt sei und daß sie deshalb als Privatgesellschaft unter polizeilicher Aufsicht stehe. — Vice-Präsident: Der Herr Reg.-Comm. habe damit nur sagen wollen, daß die Gemeinde den Bestimmungen des Vereinsgesetzes unterliege.

Der Cultusminister bemerkt, daß er sich in Uebereinstimmung mit seinem Amtsvorgänger befinde. Dagegen befinde sich das Haus nicht immer in Einklang mit früheren Beschlüssen; wie erst bei der vorangegangenen Petition. Die Regierung also treffe der Vorwurf der Discontinuität nicht. — Der Antrag auf Tagesordnung wird hierauf mit sehr überwiegender Majorität abgelehnt (für denselben nur die Mitglieder der katholischen Fraction und die Conservativen), der Commissions-Antrag dagegen angenommen (für denselben auch Mitglieder der Fraction Vinde).

Der Landdechant von Hamm, Pfarrer Belmann und der katholische Kirchenvorstand zu Hemmerde, Kreis Hamm, beantragen erneuert, daß eine Declaration des § 10 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 dahin veranlaßt werde, „daß die Abhaltung kirchlicher Processionen in der kirchlich vorgeschriebenen Weise einer polizeilichen Genehmigung nicht bedürfe“, event., daß eine Abänderung des Gesetzes in diesem Sinne erfolge. Die Commission hat das Bedürfnis einer solchen Abänderung verneint und im § 9 des Gesetzes eine genügende Sicherheit gegen Versagungen aus Intoleranz oder ähnlichen Motiven gefunden, sie beantragt deshalb Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Dr. Responde gegen den Commissionsantrag: Es müsse der katholischen Kirche freistehen, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln. Die Procession sei ein Theil des katholischen Gottesdienstes. Alles was die Polen verlangten, Universitäten, Gymnasien etc., würde ihnen nicht gewährt, es heiße, das seien alles politische Umlriebe.

Abg. Osterrath spricht gleichfalls gegen den Commissionsantrag und empfiehlt Ueberweisung zur Berücksichtigung. Der Commissionsantrag wird angenommen.

Das Königl. Polizeiamt zu Charlottenburg hat mittelst in höheren Instanzen bestätigter Verfügung vom 3. Juni 1860 die Genehmigung zu einer Procession von und nach der katholischen Kapelle daselbst verweigert. Mehrere Mitglieder der katholischen Gemeinde in Berlin beantragen: 1) der Beschwerde in geeigneter Weise, sei es durch authentische Interpretation, sei es durch Aufhebung der betr. gesetzlichen Bestimmungen, Abhilfe zu verschaffen; 2) die Königl. Staatsregierung aufzufordern, dahin zu wirken, daß die Polizeibehörde, insbesondere die Charlottenburger, die Genehmigung zur Frohnleichnamsp procession nicht verweigere. Die Commission beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Rhoden: Die Erlaubniß zur Abhaltung der Frohnleichnamsp procession in Charlottenburg i. J. 1860 sei verweigert worden, während diese Procession im Jahr 1850 von Berlin nach Spandau und zurück über Charlottenburg stets stattgefunden habe; wegen dieses Punktes beantrage er Ueberweisung der Petition zur Abhilfe. Das eigentliche Petikum der Bittsteller halte er durch das Votum des Hauses über die so eben verhandelte Petition für erledigt.

Abg. Reichensperger (Biedum): Die Polizei habe die Abhaltung der Processionen systematisch zu verhindern gesucht, früher sogar einmal dieselben für bewaffnete Vereine erklärt, weil die Fahnenträger Galanteriegegenstände trugen. Insbesondere sei die Härte der Charlottenburger Polizei bemerkenswerth, obwohl sie andererseits noch vor kurzem eine Turnprocession mitten in der Nacht gestattet habe, und obwohl an der Spitze des Corps's in Charlottenburg der Herr Bürgermeister selbst fahre. In Ratibor habe eine Procession evangelischer Prediger stattgefunden und kein Katholik daran Anstoß genommen. Was einem recht, sei dem Andern billig. — Die Tagesordnung wird darauf verworfen und der Rhoden'sche Antrag angenommen. Die folgenden drei Petitionen werden nach den Anträgen der Commission erledigt. Nächste Sitzung: Freitag. Tagesordnung: Petitionen-Bericht.

#### Deutschland.

— Während der Anwesenheit des Königs im Seebade Dobran wird auch der Minister des Auswärtigen, Graf von Bernstorff, daselbst seinen Aufenthalt nehmen. Der König beabsichtigt am 6. September zurückzukehren.

— Am 25. d. sind neun Anklagesfälle gegen den „Publicisten“ verhandelt worden. In sechs wurde das Blatt für schuldig erklärt. Die Geldstrafe beträgt zusammen 160 Thlr.

Darmstadt, 23. August. Der bisherige Verlaufs der Wahlen ist ein der Fortschrittspartei durchaus günstiger; so u. A. nach den Berichten aus Worms, Offenbach, Alzen, Westhofen und Eberstadt.

#### Belgien.

Brüssel, 23. August. In der letzten Zeit waren in Belgien viele Klagen über Soldateneresse vorgekommen; der belgische Kriegsminister, der indeß nicht, wie es sonst wohl der Fall ist, von der Aussicht ausgeht, die Ehre der Armee zu erhalten, daß der Soldat immer Recht behalte, tadelt in einem Tagesbefehl die von betrunknen Soldaten gegen Bürger

verübten Excesse, wobei jene von ihren Waffen Gebrauch gemacht haben, und verordnet, daß Soldaten, die sich künftig Aehnliches zu Schulden kommen lassen, die Waffen außer Dienst auf unbestimmte Zeit entzogen werden, neben den Strafen, die sie außerdem dafür treffen. Betrunknen Soldaten soll das Taschengeld, das sie aus ihrem Sold erhalten, entzogen werden.

#### England.

London, den 23. August. Das Court Journal meldet: Am 1. September begiebt sich die Königin nach Gravesend, um sich nach Deutschland einzuschiffen, wo sie sechs Wochen verweilen wird. Den Winter gedenkt Ihre Majestät in Windsor zuzubringen.

— Vorgestern starb Mr. Ricardo, Unterhausmitglied für Stoke-upon-Trent, ein Neffe des bekannten National-Dekonomen David Ricardo. Er gründete die electriche Telegraphen-Compagnie, war Director der London und Westminster Bank und Vorsitzender mehrerer Eisenbahn-Compagnien. Im Unterhause, welchem er seit 1841 angehörte, stand er auf Seiten der Liberalen und Freihändler. Er war einer der ersten und wirksamsten Gegner der Korngesetze. Besonders Einfluß hatte er auf die Abschaffung der Schiffsfahrtsacte. Im Hause der Gemeinen wird man ihn sehr vermissen, denn obgleich er selten sprach, war seine commercielle Erfahrung und sein praktischer Verstand bei allen finanziellen oder commerciellen Verhandlungen ein ungemein schätzbarer Rathgeber.

London, 23. August. Die „Morning Post“ bricht über die Politik Katakis den Stab; sie macht ihn viel mehr als Garibaldi selbst für den Ausbruch der jetzigen bedrohlichen Krisis Italiens verantwortlich. — „Daily News“ verteidigen Garibaldi sehr warm gegen die Artikel der „Times“: „Die Haltung, welche Garibaldi den Behörden gegenüber angenommen hat, ist vom streng gesetzlichen Gesichtspunkt ohne Zweifel sehr tadelnswerth. Als Deputirter hat er das constitutionelle Recht, als General in der Armee die Disciplin gebrochen; aber ist es nicht eine jämmerliche Pedanterie, den Befreier der beiden Sicilien wie einen gewöhnlichen Deputirten oder Officier behandeln zu wollen? Garibaldi ist ganz und gar eine ausnahmsweise Persönlichkeit. Er ist eine moralische Macht, die ein Staatsmann vom Caliber Katakis weder biegen noch brechen kann. Katakis Regierung vermochte einen Garibaldi zu täuschen, vermag ihn aber nicht zu bekämpfen.“

#### Frankreich.

Paris, 24. August. (R. Z.) Die Nachricht, der französische Kaiser gehe mit dem Plane um, Neapel zu besetzen, die schon seit einiger Zeit spulte, tritt heute mit einer Gewisheit auf, als handle es sich um eine beschlossene Sache. Das französische Geschwader, das in Toulon bereit gehalten wird, soll 12,000, nach Anderen sogar 25,000 Mann nach Italien werfen. „Wie ich höre“ berichtet man der Independance aus Paris, „ist das Armeecorps, das Marshall Mac Mahon in Italien commandiren soll, auf dem Papiere bereits fertig: man will sogar wissen, die für Mexico nach Toulon auf dem Marsche befindlichen Truppen hätten Contreordre und würden nach Italien gehen.“ In Neapel soll die Aufregung gegen die Franzosen so stark sein, daß das Consulatsgelände mit Artillerie geschloßt werden mußte. Die französischen Blätter erheben ihren Warneruf täglich mit einem Nachdruck und einer Nachhaltigkeit, die den Italienern mindestens den Beweis liefern, daß die französische Nation der italienischen aufrichtig das Ende der Fremdherrschaft wünscht und vor abenteuerlichen Plänen der Dynastie in Betreff Süditaliens zurückbeht. Journal des Debats sagt: „Die italienische Regierung hat ihr Möglichstes gethan, um die Crisis zu beschwören, die französische thue nun auch ihre Schuldigkeit, sie spreche Ein Wort, und sie hat mehr für Italiens Heil gethan, als die italienische mit den außerordentlichen Maßregeln des Belagerungszustandes bewirken wird.“ Der Temps sagt sogar: „Wozu haben die Millionen und die Tausende von Menschenleben, die uns Italien gekostet hat, genügt, wenn wir hinterher wieder Millionen opfern sollen, um das Geschaffene zu vernichten? das wäre denn doch wahre Peneulopen-Politik!“

Paris, 24. August. (R. Z.) Man bietet hier Alles auf, um die italienische Regierung abwärts „zum Bruche mit der Revolution“ zu treiben; der Kaiser hat sogar Victor Emanuel aufgefordert, persönlich die Unterdrückung der Garibaldianischen Bewegung zu unternehmen. Er soll dem Könige Hoffnung gemacht haben, daß nach der Unterwerfung Garibaldi's eine Lösung der römischen Frage angebahnt werden würde. Die halboffiziellen Blätter scheinen das Lösungswort zu haben, über die Nothwendigkeit einer Lösung zu schreiben. So bringt heute die „Patrie“ einen Artikel, worin sie den päpstlichen Ministern die Schuld der letzten Ereignisse in Sicilien beimißt. „Wenn“, meint sie, „der blinde Widerstand nicht wäre, den die Partei, welche Rom inne hat, leistet, wenn wirklich das geistliche Papstthum in Rom herrschte und nicht die Minister der weltlichen Herrschaft, so würde sich die öffentliche Meinung gewiß beugen.“ — Auch die Prinzessin Mathilde soll dem Marquis Pepoli die bestimmte Versicherung gegeben haben, die römische Frage werde sogleich ihre Lösung erhalten, so wie Garibaldi's Expedition besiegt worden — die meisten Minister Napoleon's III. sprechen sich in diesem Sinne aus, nur er schweigt. — Der Kaiser ist in Chalons mit militärischen Arbeiten und mit seinem Leben Caesar's beschäftigt, und erst nächsten Donnerstag, wo er in St. Cloud erwartet wird, dürfte etwas Näheres über die Haltung, die er einzunehmen gedenkt, erwartet werden können. — Der Oberst Franconiére, Adjutant des Prinzen Napoleon, reist nach Turin mit einer speciellen Mission des Prinzen an Victor Emanuel. — Hr. v. Lavalette wird auf einige Tage nach Paris kommen. — Die amerikanische Conföderation hat in Frankreich drei Panzerschiffe bestellt und auch in England ähnliche Aufträge gegeben.

— Das Grabdenkmal des Bischofs Affre, der bekanntlich in der Zuniischlacht von 1848 auf der Barricade seinen Tod gefunden, ist in der Notre-Dame-Kirche jetzt vollendet. In einem Basrelief von weißem Marmor stellt es den Erzbischof dar, wie er in der Soutane mit dem Palmzweige in der Hand zum Tode getroffen auf der Barricade niederstürzt.

#### Italien.

— (R. Z.) Katakis Verlegenheiten haben den höchsten Grad erreicht. Jetzt sucht er den König zu bewegen, nach Neapel zu gehen. Die Turiner Abendblätter vom 24. August melden, daß, wenn der König sich zu dieser Reise entschlöße, Katakis und Durando ihn begleiten wollen. Das Mischliche dieser Reise liegt auf der Hand; indeß nachdem Victor Emanuel einmal die Krone in den Streit hineingeworfen, so ist es allerdings consequent, wenn er den Neapolitanern den Belagerungszustand nun auch in Person bringt. Die Turiner Agence Continentale meldet: „Es ist ernstlich davon die Rede, daß Seine Majestät sich nach dem Süden begeben und



Die heute fällige Berliner Mit-  
tags-Depesche war am Schlusse  
des Blattes noch nicht eingetroffen.



Heute Nachmittag ist meine Frau von einem Töchterchen entbunden worden. Allen meinen Freunden diese Anzeige.

Mewe, den 26. August 1862.

[6631] Herrmann Freitag.

Gestern endete ein plötzlicher sanfter Tod die 11-jährigen Leiden unserer lieben Tochter Bertha im 11. Lebensjahre. Tief betrübt zeigen dies Freunden und Verwandten an [6613] Danzig, d. 27. August 1862. F. Lange u. Frau.

### Bekanntmachung.

Königl. Kreis-Gericht zu Graudenz.

1. Abtheilung.

den 20. August 1862.

In das diesseitige Firmenregister sind eingetragen:

No. 130. Der Goldarbeiter Franz Julius Schroeder zu Graudenz; Firma: F. J. Schroeder zu Graudenz; zufolge Verfügung vom 18. August cr., am 20. ejusdem.

No. 131. Der Kaufmann Jzig Kerbs zu Dossow; Firma: J. Kerbs zu Dossow; zufolge Verfügung vom 19. August cr., am 20. ejusd.

No. 132. Der Kaufmann Meyer Berlowicz zu Rehben; Firma: Meyer Berlowicz zu Rehben; zufolge Verfügung vom 20. August cr., am 22. ejusd.

No. 133. Der Kaufmann Leopold Rubel zu Graudenz; Firma: Leopold Rubel zu Graudenz; zufolge Verfügung vom 20. August cr., am 22. ejusd.

No. 134. Der Tabacksfabrikant Carl Ludwig Kaufmann zu Graudenz; Firma: C. L. Kaufmann zu Graudenz; zufolge Verfügung vom 20. August cr., am 22. ejusd.

No. 135. Der Kaufmann Edwin Lewenstein zu Gr. Wolz; Firma: Edwin Lewenstein zu Gr. Wolz; zufolge Verfügung vom 20. August cr., am 22. ejusd.

No. 136. Der Kaufmann Heimann Cohn zu Moogenhausen; Firma: Heimann Cohn zu Moogenhausen; zufolge Verfügung vom 20. August cr., am 22. ejusd.

No. 137. Der Kaufmann Marcus Stein zu Gr. Schönbrück; Firma: M. Stein zu Gr. Schönbrück; zufolge Verfügung vom 20. August cr., am 22. ejusd. [6590]

### Bekanntmachung.

wegen Lieferung von Post-Druckformularen.

Die Lieferung des Bedarfs an Druckformularen für die Post-Anstalten in den Bezirken der königlichen Ober-Post-Directionen in Königsberg i. Pr., Gumbinnen, Danzig, Marienwerder, Bromberg und Posen, welcher auf ungefähr 5800 Rieß jährlich zu veranschlagen ist, soll vom 1. April 1863 ab auf mindestens zwölf Jahre vergeben werden.

Die Lieferungsbedingungen, so wie die wesentlichen Formulare liegen bei den genannten königlichen Ober-Post-Directionen zur Einsicht aus.

Offerten sind bis zum 20. September cr. bei einer der genannten königlichen Ober-Post-Directionen zur Einreichung an das General-Post-Amt abzugeben.

Berlin, den 21. August 1862.

General-Post-Amt.

Philipsborn. [6678]

### Drangere-Auction zu Leegstrief 2.

Donnerstag den 4. September 1862 Vorm. 10 Uhr werde ich auf Verlangen des Eigentümers zu Leegstrief No. 2, öffentlich an den Meistbietenden verkaufen: eine sehr schöne Drangerie, bestehend in großen Bäumen und zwar:

Pomeranzen, Citronen, Lorbeer, Myrthen, Palmen, Rhododendron, Callus, viele verschiedene Blüthpflanzen und Topfgewächse.

Der Zahlungs-Termin wird den bekannten Käufern vor der Auction angezeigt.

[641] Joh. Jac. Wagner,

Auctions-Commissarius.

Fremdenführer, — Pläne, — Karten und Ansichten von Danzig und dessen Umgegend; sowie Reisehandbücher aller Art, unter denen sich auch die von Baedeker, — Grieben, — Jahn, — Reichardt u. c. befinden, sind vorrätig

Jopengasse 19 bei L. G. Homann,

[5322] Kunst- und Buchhändler.



Das Stahlfeder-Lager

von

C. R. Flemming,

Langebuden am hohen Thor Stadtseite No. 3, empfiehlt einem geehrten Publikum sein wohl assortirtes Lager der besten engl. Stahl-Metall-Compositions- und Kupfer-Schreibfedern in jeder beliebigen Härte und Spitze, zu den anerkannt billigsten Preisen.

Alle Sorten Federhalter das Duzend von 9 B. an. Nur Langebuden vom hohen Thor Stadtseite No. 3. [6506]

### Dampfverbindung

Danzig-Amsterdam.

A. I. Dampfer „Berenice“ segelt in einigen Tagen.

Die Direction der Kgl. Stoomboot Maatschappij stellt sofort nach der Caffee-Auction einen Dampfer auf hier in Ladung, worauf wir die Herren Importeure aufmerksam zu machen uns erlauben.

Danzig, den 27. August 1862.

[6617] J. H. Reitz & Co.



Eine Anzahl gute und elegante Wagen- und Reitpferde, ruhige Gimpänner, gute Gänger, zu verkauf in Langgarten No. 62. [6491]

### Rittergüter-Verkauf.

Behufs Auseinandersetzung mit den grossjährigen Erben, sollen drei zusammenhängende Rittergüter, im Regierungs-Bezirk Marienwerder gelegen, mit einem Gesamtflächeninhalte von 2900 Morgen verkauft werden. Hiervon hat

das Gut I. 1050 Morgen an Acker und 100 Morgen Wiesen und Wald.

II. 480

420

Gebrüche,

III. 500

400

An Saaten waren excl. 50 Morgen Kartoffeln 1351 Schffl. bestellt, als: 189 Schffl. Weizen, 497 Schffl. Roggen, 227 Schffl. Erbsen, 83 Schffl. Gerste, 265 Schffl. Hafer, 38 Schffl. Mengkorn, so wie verschiedene Futtergewächse. An lebendem Inventar: 24 Arbeits-, 2 Maschinen, 3 junge Pferde, 36 Zugochsen, 20 Kühe, 2 Bullen, 10 Stück Jungvieh, 1400 feine Schaafe, dito Schweine und Federvieh. Es sind 29 Arbeiterfamilien excl. Deputanten auf den Gütern vorhanden. Todtes Inventar complet. Unbedingter Preis 110 mille Thlr. bel 40,000 Thlr. Anzahlung. Die Gebäude gut und hinreichend. Die Güter liegen 1/2 Meile von einer Garnisonstadt, entfernt, haben ein vorzügliches Wiesenverhältniss und ein sehr werthvolles Inventarium, guten, meist ebenen Acker. Näheres unter 6517 in der Expedition dieser Zeitung.



## Berlin, London und New-York Express



n genauen wechselseitigen Verkehr mit den übrigen Express-Beförderungs-Gesellschaften: in London, Southampton, Hull, den übrigen Express-Compagnien in Leith, Glasgow, Grangemouth, West-Hartlepool, Grimsby, Drontheim, Bergen, Gothenburg, Rotterdam, Amsterdam, Antwerpen, Havre, Bordeaux, the United States Co., California-Express, New-York, Havana und Panama-Express und vermittelt Anschluß derselben an Europa und nach ganz Großbritannien, Nord- und Süd-Amerika, Ost- und West-Indien, Asien, Afrika, Australien, Spanien und Portugal u. c. offerirt hiermit den wohlthätigen Kaufleuten: als: Banquiers, Ex- und Importeuren, Fabrikanten und dem Publikum hier und auswärts ihre ergebenden Dienste zur Beförderung von

Contanten, Werth-Paketen, Probefendungen,

Effekten, Passagier-Gütern, Gütern u. c.

laut seit dem 1. April d. J. festgesetzten, contrahirten und bedeutend ermäßigten Tariffätzen.

Indem ich mich noch auf nachstehende adäquate Häuser beziehe, sind dieselben gleichzeitig geneigt, Gelder und Aufträge für mich in Empfang zu nehmen.

Se. Excellenz Herr Minister R. B. Fuld in Berlin,

Herrn Vereinigten-Staaten Consul S. H. Anderson in Hamburg,

S. Bornstein in Bremen,

Herrn Pickford & Co. in London,

Schulz & Rückgaber in New-York,

Hiller & Co. in New-York,

R. Stellwagen & Kräger in Buffalo,

Birgho, Ruhlberg & Co. in Chicago,

Darling & Scheffer in Stillwater, Min.,

Second Ward Bank in Milwaukee,

Berlin.

C. E. Voigt.

Bezugnehmend auf obige Annonce bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntniss, daß ich Herrn Herrmann Müller in Danzig zu meinem Generalagenten für Westpreußen und Bromberg ernannt und demselben die Vollmacht erteilt habe, für mich und die anschließenden ausländischen Express-Gesellschaften

Contanten, Probe- und Gütersendungen

zur Weiterbeförderung an mich in Empfang nehmen zu können.

Berlin, im August 1862.

C. E. Voigt.

Im Anschluß an die obigen Anzeigen empfehle ich den geehrten Herren Kaufleuten und dem gesamten Publikum die mir übertragene General-Agentur der Berlin, London, New-York Express und bitte das mir als Expeditur bisher geschenkte Vertrauen auch auf dieses Unternehmen ausdehnen zu wollen.

Die Gesellschaft befördert gemäß der Beträge mit den in der ersten dieser Annonce genannten Compagnien, welche seit 10 bis 40 Jahren mit den besten Erfolgen arbeiten, von den betreffenden Staatsregierungen concessionirt sind und durch Hinterlegung bedeutender Sicherheiten die größtmögliche Garantie bieten, Contanten und Pakete jeder Art nach circa 2700 überseeischen Meilen zu festen Tariffätzen und mit Brieftransportmitteln. In England, Amerika und andern überseeischen Ländern besitzen jene Express-Gesellschaften die Postcontracte und müssen daher auch von den deutschen Postanstalten benutzt werden.

Die Tariffätze der Post sind dabei gegen die der Berlin, London, und New-York Express bedeutend höher. So z. B. beträgt

das Postporto für ein Paket bis 4 P, von Danzig nach London 44 1/2 Sgr.; die Express-Gesellschaft berechnet dagegen nur 26 Sgr.

bis 4 P, von Danzig nach Hull, 54 1/2 Sgr.; die Express-Gesellschaft berechnet dagegen nur 36 Sgr. u. i. m.

Versicherung gegen Seegefahr ist in den Tariffätzen der Express-Beförderungs-Gesellschaft begriffen, so lange der declarirte Werth nicht 10 Sgr. pro P übersteigt; bei höher angegebenen Werthe wird die Prämie extra mit 1, 1 1/2 - 2%, je nach der Fahrzeit, berechnet.

Prospecte, Tarife und jede nähere Auskunft des Berlin, London und New-York Express werden in meinem bisherigen Comptoir, Lastadie 25 und Langgasse 43, durch die Herren Gebrüder Wöhrberg bereitwillig erteilt.

Danzig, im August 1862.

[6416]

Herrmann Müller.

Von asphaltirten

### feuersicheren Dachpappen

aus meiner Fabrik, habe ich bei den Herren

Kloss & Siewert in Danzig

eine Niederlage errichtet, worauf ich die Herren Bau-Unternehmer aufmerksam zu machen mir erlaube und meine dortigen Freunde bitte, ihren Bedarf fortan aus dieser Niederlage zu entnehmen.

Meine 22-jährige Praxis in der Fabrication von Dachpappen hat das Renommée derselben begründet, und werde ich fortgesetzt für ein solches Fabrikat Sorge tragen, welches von jedem Fachmanne als ausgezeichnet beurtheilt werden muß.

Im August 1862.

A. Sembriski,

Fabrik Damerau bei Elbing.

Bezugnehmend auf vorstehende Anzeige bemerken wir, daß die Dachpappen aus der Fabrik Damerau nur in einer Qualität, die aber vorzüglich ist, zu Fabrikpreisen von uns geliefert werden; auch haben wir mit einem Fachmanne ein Uebereinkommen getroffen, um das Eindecken der Pappen unter unserer Garantie zu billigem Preise besorgen zu lassen.

[6522]

Kloss & Siewert,

Comptoir: Hundegasse No. 128.

### Der Cravatten-Fabrikant

## J. F. Bolle aus Berlin

wird noch während des Dominik zu billigen Preisen verkaufen die modernsten Cravatten und Schlipse (sehr billig), seid. ne Halstücher, von 1 Thlr. an, Chales neueste Dessins 1 1/2 bis 1 1/2 Thlr., Batist-Taschentücher 10 Sgr., echte ostindische seidene Taschentücher 1 1/2, 1 1/2 und 1 1/2 Thlr., Vorhemden in Shirting 7, 8 und 10 Sgr., Leinwand mit Krügen 20 Sgr., elastische Träger 5, 7 1/2, 10, 12 1/2 und 15 Sgr. bis zu den feinsten seidenen Glace-Handschuhen für Damen 10, 12 1/2, 15 und 17 1/2 Sgr., für Herren 15, 17 1/2 und 20 Sgr., waschlederne Herren-Handschuhe in weiß und couleur 12 1/2, 15, 17 1/2 und 20 Sgr., echte hirschederne 1 Thlr., so wie seidene Zwirn- und Winter-Handschuhe zu billigen aber festen Preisen.

Stand: Lange Buden, vom hohen Thor die erste Bude. [6523]

Unser

### photographisches Atelier

befindet sich Holzmarkt No. 2, neben der Apotheke, und empfehlen uns zur Anfertigung von photographischen Arbeiten zu den billigsten Preisen.

[6551]

G. Sawitzky & Co.

Die Central-Güter-Agentur für Ritten und Masuren von E. Matern in Ansternburg, kann Güter jeder Größe und Lage, Mühlen, Gasthöfe und hübsche Grundstücke für Pensionäre zum Kauf nachweisen. Der größten Realität kann jeder versichert sein und werden Aufträge freudigst erteilt.

[6387]

Der rühmlichst anerkannte

### Stettiner Portland-Cement

in stets frischer Waare ist zu haben bei

J. Robt. Reichenberg,

[2551] Danzig, Fleischerstraße No. 62.

### Ein Stiftungs-Capital von

2400 Thlr. ist zur ersten sichern Hypothek zum October c. zu begeben. Adressen unter 6619 in der Exped. d. Btg.

### Besten Gassprit verkaufe

ich von heute ab per Quart à 12 Gr., Cham-pagnerflaschen (excl.) à 9 Gr.

[6587] E. S. Bögel am Holzmarkt.

Abonnenten zum Mittagstisch werden angenommen Döppergasse 12.

Kleine pikante Frühstückskäse pro Stück 1 Sgr. empfiehlt

A. B. Hoffmann,

[6624] Langenmarkt 47.

Necht Haarlemer Del käuflich Pfefferstadt No. 37. [6614]

Ein Billard nebst Zubehör käuflich Pfefferstadt No. 37. [6614]

Zum 1. October c. finden junge Leute, welche die Handels-Akademie oder andere Lehr-Anstalten besuchen wollen, bei billiger Pens. frendl. Aufnahme i. sehr anst. Familie.Adr. werden unt. 6622 in der Exped. d. Btg. erteilt.

Ein Pensionair findet freundliche Aufnahme Jopengasse 63 eine Treppe hoch. [6153]

Eine Gehilfe (Materialist) und im Destillations-fach bewandert, sucht zum October eine Stelle, auf Gehalt wird weniger gesehen als auf gute Behandlung. Refl. Danziger Zeitung unt. 6595.

Für Comptoir und Reisen eines Fabrik-Engrosgeeschäfts wird ein junger Mann mit anfänglich 200 Thlr. Gehalt u. gesucht. Auftrag: F. W. Junge, Kaufmann in Berlin. [6500]

Von einem Gutsbesitzer beauftragt, suchen wir einen sichern Mann, der im Staude ist, leichte Buch- und Cassenführung zu übernehmen, als Aufsichtsbeamten resp. zur Mithilfe in der Geschäftsleitung einer landwirtschaftlichen Fabrik. — Die Stellung ist eine dauernde, wenn der Betreffende zuverlässig und das jährliche Einkommen neben freier Wohnung auch für einen Verheiratheten ausreichen. — Nähere Auskunft bereith. durch Holz & Co. in Berlin, Fischerstraße 24. [6133]

Ein tüchtiger Buchbindergehilfe findet bei mir sofort unter guten Bedingungen ein festes Engagement. [6612] George Frank, Elbing.

### Avis.

Une demoiselle de la Suisse française désirerait se placer pour le 1<sup>er</sup> octobre auprès de jeunes enfants et leurs donner les premiers enseignements de la langue française. S'adresser au bureau de ce journal Litt. L. C. 6563.

Ein erfahrener Wirtschaftsprüfer sucht eine Stellung; die Copia seiner Zeugnisse liegt in der Expedition dieser Zeitung zur gefälligen Einsicht. [6577]

Ein Commis, der polnischen u. russischen Sprache mächtig, sucht unter bescheidenen Ansprüchen ein Engagement in einem größeren Weingeschäft. Gefällige Offerten mit Adressen E. N. 1129 poste restante Graudenz. [6583]

Eine Erzieherin, welche in den Schul-mathematischen, Musik und Französisch gründl. in Unterricht erteilt, lesteres auch gut fertig spricht, wünscht zum 1. October ein anderes Engagement. Adressen werden unter Z. O. P. 6630 durch die Expedition d. Blattes erteilt.

Ein der polnischen Sprache mächtiger Gehilfe für ein Material- und Schmal-Geschäft wird nach Dirschau gesucht und Auskunft Heiligengeist-gasse No. 84 erteilt. [6626]

## CIRCUS CARRE.

Donnerstag, den 28. August,

Zum ersten Male:

### Große Gala-Vorstellung,

in welcher Alles aufgeführt wird, um dieselbe zu einer der brillantesten zu machen.

Zum Schluss:

### Manoeuvre d'écharpes.

Das Nähere die Zettel:

Sonntag, Nachmittags 4 Uhr,

### Extra-Vorstellung.

Für Kinder ermäßigte Preise. [6632]

Im Weiss'schen Lokale am Dübner Thor. Donnerstag den 28. und Freitag den 29. d. M. Concert der schottischen Glockenspieler im National-Costum, wozu ergebenst einladen.

Gewert. Rog. Rogers. Ambrosy. Schot. Billets 3 Stück für 10 Sgr. sind in der Expedition der Danz. Zeitung zu haben. [6616]

### Victoria-Theater.

Donnerstag, d. 28. August. (3. Abonn. No. 18.) Eine Uhrzeit um jeden Preis. Lustspiel in einem Act von M. T. Hierauf: Tanz. Aufgeführt von Jrl. Meinede. Zum Schluss: Fortunio's Lied. Römische Operette in 1 Act von Hector Cremieux und L. Halévy. Musik von Jacques Offenbach.